

Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: 87 (2009)
Heft: 4

Artikel: Solidarität soll gestärkt werden
Autor: Seifert, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-723588>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Solidarität soll gestärkt werden

Wie kann die Altersvorsorge langfristig gesichert werden? Um diese Frage drehen sich die aktuellen Diskussionen über die AHV. Auch die katholische Kirche meldet sich mit Vorschlägen zu Wort.

Von Kurt Seifert

Vor bald fünf Jahren, im Mai 2004, schickte das Volk eine erste Fassung der 11. AHV-Revision bachab: Eine Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre, ohne gleichzeitige soziale Abfederung für Menschen mit kleinen Einkommen, die vorzeitig aus dem Arbeitsleben aussteigen wollen oder müssen, kam für die Mehrheit nicht in Frage.

Seither haben Bundesrat und Parlament an einer veränderten Fassung gearbeitet – bislang ohne konkrete Ergebnisse. Mit der Abstimmung vom November 2008, bei der die Gewerkschaftsinitiative für ein flexibles Pensionierungsalter ab 62 Jahren, ohne Rentenabzüge für jene, die nicht Grossverdiener sind, deutlich abgelehnt wurde, scheint die Flexibilisierungsfrage vorerst vom Tisch zu sein. Damit bleibt allerdings auch die Ungerechtigkeit, dass sich Personen mit gut dotierter beruflicher Vorsorge vorzeitig pensionieren lassen, während die meisten älteren Arbeitnehmenden mit kleinen oder durchschnittlichen Einkommen von Frühpensionierung nur träumen können.

Während die Politik «Wege aus der Sackgasse» sucht, wie die NZZ schrieb, hat sich die Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax (Gerechtigkeit und Frieden), das Beratungsorgan der katholischen Schweizer Bischöfe für soziale, politische und wirtschaftliche Fragen, an einen neuen Entwurf gewagt. Unter dem Titel «Brennpunkt Altersvorsorge. Gerechtigkeit angesichts demografischer Herausforderungen» hat sie eine Studie mit lösungsorientierten Anregungen veröffentlicht.

Im Zentrum der Überlegungen von Justitia et Pax steht das Postulat der Bundesverfassung, das eine die Existenz im Alter sichernde erste Säule fordert. Diese Grundsicherung sei zu stärken, etwa durch eine Anhebung der Minimalrente. Alle Massnahmen seien unbedingt zu vermeiden, die zu einem Abbau der Leistungen der AHV führen. Die Autoren Béatrice Bowald und Wolfgang Bürgstein nennen als Beispiel die vorgeschlagene Aufhebung des Mischindexes, falls der AHV-Fonds unter eine bestimmte Marke fallen sollte. Dies würde vor allem jene treffen, die hauptsächlich von der ersten Säule leben müssen.

Um die Zukunft unserer Sozialversicherungen zu sichern, müssen Jung und Alt gemeinsam am gleichen Strick ziehen.



Bild: Bildagentur/Tres Camenzind

Die Sicherung der Altersvorsorge ist nicht gratis zu haben – das weiss auch Justitia et Pax. Die Kommission hat sich intensiv mit Vorschlägen zu einer nachhaltigen Finanzierung der Altersvorsorge befasst. Entscheidend dafür sei die Produktivität der Volkswirtschaft, die unter entsprechenden Bedingungen auch eine zunehmende Zahl von nicht mehr berufstätigen Menschen im Alter verkraften könne. Das notwendige Wirtschaftswachstum müsse allerdings sozial und ökologisch verträglich sein.

Eine mögliche Einnahmequelle für die AHV sieht die Kommission Justitia et Pax in der Einführung einer zweckgebundenen nationalen Erbschaftssteuer. Heute seien gerade die Vermögen im Alter sehr ungleich verteilt, argumentiert die Studie. Eine solche Erbschaftssteuer (mit hohen Freibeträgen zur Entlastung kleiner beziehungsweise zu einer sehr begrenzten Belastung mittlerer Vermögen) könne als «Solidarbeitrag» jener betrachtet werden, die solche Erbschaften machen und meist selbst schon im Rentenalter sind. Die Autoren sind sich der politischen Brisanz ihrer Empfehlung bewusst – und hoffen auf eine breite Debatte.

Kurt Seifert leitet bei Pro Senectute Schweiz den Bereich «Politik und Gesellschaft».